

(A) **Beginn: 10.07 Uhr**

Präsident Ulrich Schmidt: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie sehr herzlich zur heutigen 45. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode. Ich begrüße unsere wenigen Gäste auf der Tribüne - wahrscheinlich stecken die anderen noch im Stau - und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich zehn Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen. Es müssen also noch einige kommen.

Seinen Geburtstag feiert heute der Kollege Prof. Dr. Friedrich Wilke von der Fraktion der FDP.

(Allgemeiner Beifall)

Ich gratuliere ihm im Namen des hohen Hauses. Alles Gute!

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung unserer heutigen **Tagesordnung** ein. Bevor ich den ersten Tagesordnungspunkt aufrufe, weise ich darauf hin, dass sich die Fraktionen darauf verständigt haben, nach der Beratung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2002 zuerst den Einzelplan 11 und anschließend den Einzelplan 14 zu debattieren. Es wurde also nur die Reihenfolge der Beratung der beiden Einzelpläne getauscht. Wenn hier im Hause kein Widerspruch eingelegt wird, können wir so vorgehen. - Dann verfahren wir so.

(B)

Ich rufe nun den einzigen Tagesordnungspunkt auf:

Fortsetzung der Haushaltsberatungen vom 12. Dezember 2001

Meine Damen und Herren, wir haben gestern die Haushaltsberatungen nach der Beratung des Einzelplans 13 unterbrochen und setzen sie heute fort.

Ich rufe **Nummer 1** auf:

Gemeindefinanzierungsgesetz 2002

(C) Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/1817, den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/1981 - Nr. 93 der Übersicht - und den Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/2034 - Nr. 155 der Übersicht.

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Abgeordneten Britz für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Franz-Josef Britz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute beraten wir in 2. Lesung den Haushalt 2002 und auch das Gemeindefinanzierungsgesetz 2002.

Erneut liegen wie in all den Jahren vier Monate an Beratungszeit zwischen der Einbringung und der Verabschiedung in der nächsten Woche. In dieser Zeit haben wir viele Beratungen hier im Haus durchgeführt. Es haben uns Stellungnahmen erreicht, Resolutionen, und manche haben uns auch gute Ratschläge gegeben. Aber vor allen Dingen haben in dieser Zeit erhebliche Veränderungen stattgefunden, die die Finanzsituation der Kommunen in Nordrhein-Westfalen und auch darüber hinaus erheblich belasten. Ich will in sechs Punkten auf die Situation im Zusammenhang mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz und die Situation der Kommunen in Nordrhein-Westfalen eingehen, sie beleuchten und daraus entsprechende Schlussfolgerungen für meine Bewertung ziehen.

(D)

Erstens. Die Darstellung der Situation der Finanzen in den Kommunen Nordrhein-Westfalens wird einig von allen Betroffenen und Experten beurteilt.

Diese Einigkeit drückt sich zunächst einmal in Zahlen aus: So beträgt die Summe der Altfehlbeträge aus den vorausgegangenen Jahren und der erwartete Fehlbetrag im laufenden Jahr 2001 rd. 10 Milliarden DM. Das heißt, meine Damen und Herren, die Verwaltungshaushalte der Kommunen in Nordrhein-Westfalen waren, sind und bleiben hoch defizitär.

Unmittelbare und mittelbare Belastungen aus der Steuerreform betragen allein für das Jahr 2001 2 Milliarden DM, dies mit steigender Tendenz in den nächsten Jahren.

Diese Einigkeit bei der Beurteilung der Ausgangslage drückt sich auch in vielen Zeitungsberichten und -kommentaren aus, die wir im Laufe dieses

(Franz-Josef Britz [CDU])

(A) Jahres gesehen haben. Die Berichterstattung will ich nur anhand einiger weniger Beispiele schlaglichtartig nennen. So schrieb z. B. schon zu Beginn des Jahres die NRZ vom 24. Januar: "Den Städten geht die Luft aus". Oder ich nenne die "Woche" vom 5. Oktober dieses Jahres mit der Überschrift "Wenn die Städte Trauer tragen". In den "Westfälischen Nachrichten" vom 5. Dezember heißt die Überschrift "Kommunen steht das Wasser bis zum Hals" und schließlich las man in den letzten Tagen im "Kölner Stadt-Anzeiger" vom 11. Dezember: "Viele Gemeindefats sind nicht auszugleichen".

Das bedeutet also, was diesen ersten Punkt meiner Darstellung angeht, meine Damen und Herren: Die Lage der Kommunen in Nordrhein-Westfalen wird von allen weitgehend übereinstimmend beurteilt. Die Gemeinden befinden sich in einer erheblichen Finanzkrise mit einem Ausmaß, das wir bisher auch in diesem Land noch nicht gekannt haben.

Zweitens. Der Einbruch bei der Gewerbesteuer trifft auch unsere Gemeinden in einem nie gekannten Ausmaß. Der durchschnittliche Rückgang in den ersten drei Quartalen des Jahres 2001 beträgt rd. 11 %. Einzelne Städte - hier bei uns und auch darüber hinaus - sind sehr viel stärker betroffen. Krefeld rechnet mit einem Rückgang von über 90 Millionen DM und damit fast mit einer Halbierung seiner Gewerbesteuereinnahmen, Frankfurt im benachbarten Hessen verliert 1 Milliarde DM und Halle an der Saale verliert rd. 34 % seines Gewerbesteueraufkommens, eine Erscheinung also, die nicht nur die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, sondern im ganzen Bundesgebiet trifft. Hier ist eine Besserung nicht erkennbar. Das hat nicht nur mit der jetzigen Konjunkturkrise zu tun, sondern der Hauptgrund für diese außergewöhnlichen Einbrüche liegt in der Steuerpolitik der Bundesregierung, die die Gemeinden in unserem Land - das geht quer durch alle Städte und Gemeinden - trifft.

(Beifall bei CDU und FDP)

Was die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und im ganzen Bundesgebiet in dieser Situation brauchen, sind verlässliche Einnahmen, auf die sie sich stützen können.

(Frank Sichau [SPD]: Absolut gespaltene Zunge!)

Ich nenne dazu als eine Initiative beispielhaft das Memorandum der Städte und Gemeinden im Ruhrgebiet, das sicherlich über Nordrhein-Westfalen hinaus dadurch Aufsehen erregt hat, dass sich hier in einer wichtigen Frage zum ersten Mal Städte und Gemeinden in unserem Land über alle Grenzen von Parteien- und sonstigen Interessenlagen hinweg in der Forderung nach einer umfassenden und durchgreifenden Reform einig waren, die den Städten und Gemeinden verlässliche Einnahmen beschert.

Drittens. In diesem Zusammenhang ist die von den Gemeinden zu tragende Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zu nennen. Sie ist ausgesprochen kontraproduktiv und aus unserer Sicht nicht weiter zu verantworten. Diese Maßnahme im Jahre 2000 zu beschließen wurde mit der Hoffnung auf steigende Steuereinnahmen im Bereich der Gewerbesteuer aufgrund sich bessernder Konjunkturdaten begründet. Diese Begründung ist weggefallen; dieses Argument, um diese Maßnahme zu begründen, gibt es nicht mehr. Deswegen muss es ein Gebot der Stunde sein, diesen Schritt zurückzunehmen und den Gemeinden das Geld wiederzugeben, das ihnen zusteht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wer das jetzt verweigert - wenn ich die Zeitungsberichte, die auch heute noch zu lesen sind, richtig deute, wird das auf Bundesebene verweigert -, der macht deutlich, dass es damit nur um zusätzliche Einnahmen für Bund und Länder ging und die Gemeinden belastet werden sollen. Das ist den Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus nicht zuzumuten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir fordern Sie auf, meine Damen und Herren von Koalition und Landesregierung, tätig zu werden, damit dieser Missstand für die Gemeinden beseitigt wird.

Viertens. Wenn die Ausgangslage so gemeinsam geteilt wird, dann müssten die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ihre Hoffnung auf die Unterstützung durch das Land setzen. Denn das Land ist zuständig und verantwortlich für die Finanzausstattung der Gemeinden.

Welche Antwort bzw. welche Hilfe gibt nun das Gemeindefinanzierungsgesetz 2002 in dieser Situation? Ich nenne einige Stichworte: Es bleibt

(C)

(D)

(Franz-Josef Britz [CDU])

- (A) bei der Befrachtung im Bereich der Flüchtlinge in Höhe von 785 Millionen DM. Die Finanzierung einer Landesaufgabe wird weiter auf die Kommunen überwältigt. Es bleibt außerdem bei der weiteren Belastung aus dem Haushaltsbegleitgesetz in Höhe von rund 360 Millionen DM. Es bleibt also auch im Jahre 2002 bei dieser unfairen und ungerechten Belastung der Kommunen mit über 1,1 Milliarden DM.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die in letzter Minute noch vorgenommene Umschichtung bei der Krankenhausfinanzierung, meine Damen und Herren, ist ein reines Null-Summen-Spiel und Augenwischerei. Es bleibt bei der Belastung der Gemeinden in dieser Größenordnung. Da hilft auch die Umbuchung, die Sie vornehmen, nicht weiter.

Es bleibt auch dabei, dass die Kommunen bei der Bewältigung des enormen Investitionsstaus bei den Schulen in Höhe von rd. 10 Milliarden DM, bei den Pflegeeinrichtungen in Höhe von rd. 9 Milliarden DM nicht oder nur unzureichend unterstützt werden. Es bleibt dabei, dass das Land seiner Verantwortung nicht gerecht wird und die Kommunen entgegen anders lautender Erklärungen finanziell im Stich lässt.

(B)

(Beifall bei CDU und FDP)

In diesem Zusammenhang erreichen uns auch viele Resolutionen von Gemeinden in unserem Land. Sie fordern eine bessere Finanzausstattung. Sie fordern eine Finanzreform, und sie fordern z.B. etwas, was wir als CDU schon mehrfach beantragt haben, nämlich eine strenge Beachtung des Konnexitätsgrundsatzes.

Eine solche Stellungnahme erreicht uns z. B. auch aus dem Rat in Oberhausen. Der Kollege Groschek von der SPD hat sie sicherlich mitgetragen. Ich glaube, wir können uns alle darauf freuen, dass wir diese Initiative zur gesetzlichen Verankerung des Konnexitätsprinzips und zur strikten Beachtung endlich gemeinsam machen können.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Groschek, wir wären schon froh, wenn die strikte Beachtung durchgeführt würde. Die strikte Beachtung habe ich gerade an den Beispielen Asylbewerber und Flüchtlinge genannt. Da müsste das Konnexitätsprinzip beachtet werden. Denn wer bestellt, der soll bezahlen. So soll

es auch hier sein. Da sind wir einig. Ich freue mich auf die gemeinsame Initiative. (C)

Fünftens. Da das Land offenbar nicht bereit oder nicht in der Lage ist, den Gemeinden zu helfen, verlegt sich nun der Innenminister auf das Prinzip Hoffnung. Er verteilt weiße Salbe und vertröstet die Gemeinden auf die große Gemeindefinanzreform auf Bundesebene. Dabei versucht er den Eindruck zu erwecken, dass er ein mutiger Streiter sein will. Er hat sogar gesagt: Ich bin da vorgeprescht.

Meine Damen und Herren, die Wahrheit ist doch, dass diese Gemeindefinanzreform seit 1998 auf der Tagesordnung der rot-grünen Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene steht und niemand auch nur einen Schritt getan hat, um sie in die Tat umzusetzen. Jetzt wird man auf die nächste Wahlperiode vertröstet.

(Beifall bei CDU und FDP - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Was war denn vor 1998? - Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

- Es ist auch leichter, lieber Kollege Groth, als Ministerpräsident von Niedersachsen so etwas zu fordern, als das als Bundeskanzler durchzusetzen. Das ist auch die Wahrheit.

Meine Damen und Herren, das, was jetzt nötig ist, fasst der Krefelder Oberbürgermeister Dieter Pützhofen stellvertretend für viele in einem Satz zusammen, der heißt: (D)

"Ohne sofortige Nothilfe durch Bund und Länder geht kurzfristig gar nichts."

Das heißt, unsere Gemeinden sind am Ende, wenn nicht endlich Hilfe kommt, so wie wir sie als Gemeinden nötig haben.

Sechstens und letztens, meine Damen und Herren: In Nordrhein-Westfalen haben wir 396 Gemeinden, 31 Kreise und 3 höhere Kommunalverbände.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das stimmt! Das ist wahr!)

- Sehr gut, dass wir da schon mal einig sind.

Sie haben in den letzten Jahren bei ihren erheblichen finanziellen Schwierigkeiten versucht, diese Krise zu meistern. Sie haben gespart, sie haben konsolidiert. Viele haben Haushaltssicherungskonzepte, die dazu führen sollen, dass nicht ausgleichene Haushalte wieder saniert werden.

(Franz-Josef Britz [CDU])

- (A) Dies ist eine Regelung - auch da wird mir Kollege Horstmann sicherlich zustimmen -, die in der Gemeindeordnung steht und dafür vorgesehen ist, Extremsituationen aufzufangen und diese betroffenen Gemeinden wieder zu geordneter Haushaltsführung zurückzuführen.

Wie aber sieht die Realität in Nordrhein-Westfalen aus? - Zurzeit sind rd. 100 Gemeinden im Haushaltssicherungskonzept. Nach den Aussagen der Experten - auch in der Anhörung - haben wir für 2002 mit einer Verdoppelung dieser Zahl zu rechnen. Das heißt, von 396 Städten und Gemeinden sind dann 200, etwas mehr als die Hälfte, in Haushaltssicherungskonzepten. Das bedeutet: Von der Ausnahme, für die das Gesetz die Regelung getroffen hat, sind wir zur Regel gekommen, dass die Gemeinden in Haushaltssicherungskonzepten sind. Das kann einfach nicht sein. Das hat Gründe, die wir bekämpfen müssen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, man erkennt an diesen wenigen Daten, die ich vorgetragen habe: Die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen können aus eigener Kraft die Krise nicht mehr bewältigen. Das GFG 2002 zeigt: Das Land leistet keinen Beitrag zur Bewältigung der Krise. Das Land lässt die Kommunen in Nordrhein-Westfalen im Stich. - Herzlichen Dank.

(B)

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Britz. - Bevor wir mit der Debatte fortfahren, möchte ich einen herzlichen Gruß an eine Delegation von acht Abgeordneten aus dem Parlament der Republik Polen richten. Die Kollegen kommen aus unserer Partnerregion Schlesien. Ich heiße Sie alle sehr herzlich willkommen im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Das Wort hat der Kollege Jäger von der SPD-Fraktion.

Ralf Jäger (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Besucher auf der Tribüne! Lieber Herr Britz, es war starker Tobak.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch nicht wahr!)

Ich nehme es recht sportlich, Herr Britz. Ich hoffe, dass Sie in gleicher Weise, wie Sie selbst austreten, anschließend einstecken können.

(C)

Wir beraten heute Morgen das Gemeindefinanzierungsgesetz für das Jahr 2002, mit dem die finanziellen Leistungen des Landes Nordrhein-Westfalen gegenüber seinen 396 Gemeinden dargestellt werden sollen. Herr Britz, dass Sie heute wenig Änderungsanträge vorzuweisen haben und sich in relativ allgemeine politische Handlungsfelder zu retten versuchen, ist die Konsequenz, wenn man konzeptionell wenig zum Thema zu sagen hat.

(Zuruf von Antonius Rüsenberg [CDU])

Um bildlich zu sprechen: Sie blasen zum Jagen und haben dabei die Munition vergessen.

(Beifall bei der SPD - Marc Jan Eumann [SPD]: So sind sie, aber sie sind tierfreundlich!)

Um auf die Situation in den Gemeinden Nordrhein-Westfalens einzugehen, muss man feststellen: Genau wie das Land Nordrhein-Westfalen sind diese Gemeinden dieses Jahr in einer äußerst schwierigen haushaltswirtschaftlichen Situation. Wir haben die Verpflichtung, im Rahmen unserer Verantwortung das Mögliche zu tun, um sie bei ihren Problemen nicht alleine zu lassen.

(D)

(Franz-Josef Britz [CDU]: Wie war das mit Duisburg?)

- Das sehen wir übrigens in Duisburg genauso. - Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, dass die finanzielle Situation unserer 396 Gemeinden höchst unterschiedlich ist, Herr Britz. Nach wie vor gibt es Gemeinden, die als äußerst potent gelten. Es gibt Gemeinden, die sehr frühzeitig gespart haben, aber es gibt auch solche, denen aufgrund objektiver Umstände, beispielsweise durch Gewerbesteuerausfälle, das Sparen zunehmend schwerer fällt. Auf diese Gemeinden, die trotz ihrer Anstrengungen in ihrem Bereich der Konsolidierung Defizite aufweisen, müssen wir unseren Schwerpunkt setzen. Hier werden wir - das zeigt das GFG 2002 - noch stärker helfen.

Wir sind froh, dass wir trotz des Sparkurses im Land gegenüber den Gemeinden weiterhin einen Verbundsatz von 23 % haben.

(Franz-Josef Britz [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

(Ralf Jäger [SPD])

- (A) 23 % aus den Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuern sowie der Grunderwerbsteuer erhalten die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Über 15 Jahre!)

23 % - einen solch hohen Anteil aus dem Steueraufkommen des Landes erhalten in Deutschland nur noch die Gemeinden Baden-Württembergs.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dennoch bleibt festzustellen, dass die Spar- und Konsolidierungsbemühungen der Gemeinden in den vergangenen Jahren durch die Risiken im kommenden Jahr aufgefressen zu werden drohen. Da sind wir sicherlich einer Meinung. Für diese Schwierigkeiten haben wir Verständnis. An einer solchen Diskussion beteiligen Sie sich ja bedauerlicherweise nicht. Allerdings muss eines klar sein: Es gibt keine Alternativen zum strikten Sparkurs aller staatlichen Ebenen und der Gemeinden. Was von unseren Kommunen hierfür schon geleistet wurde, verdient unseren Respekt und unsere Anerkennung. Das beweist in hohem Maße politische Verantwortung in den Kommunen.

- (B) Meine Damen und Herren, kein Landeshaushalt - auch nicht der von christdemokratisch geführten Bundesländern - kann alle finanziellen Engpässe der Kommunen lösen. Wer dies zu suggerieren versucht, Herr Britz, streut Sand in die Augen. Was vonseiten des Landes getan werden kann, tun wir, im Übrigen vielmehr als die meisten Bundesländer.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Neben dem Verbundsatz von 23 % ist im Übrigen der Grad der Kommunalfreundlichkeit in Nordrhein-Westfalen an einer weiteren Zahl ablesbar. Wir haben in unserem aktuellen Gemeindefinanzierungsgesetzentwurf 91,8 % der den Gemeinden zur Verfügung stehenden Mitteln für allgemeine Zuweisungen vorgesehen. Damit haben wir den Anteil der Zuweisungen, die unmittelbar in die Haushalte der Gemeinden fließen und ohne Zweckbindung für ihre Aufgabenerledigung zur Verfügung stehen, noch einmal erhöht. Lediglich 8,2 % sind zweckgebundene Zuweisungen.

Das ist eine Garantie sowohl für kommunale Selbstverwaltung - aber vor allem für kommunale Entscheidungsfreiheit - als auch unser Beitrag für finanzschwache Kommunen zur flexiblen Konsolidierung ihrer Haushalte. Einen solchen Grad an

freien Zuweisungen an die Gemeinden gibt es in keinem anderen Bundesland. Auch hier sind wir in Nordrhein-Westfalen Spitze. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Marc Jan Eumann [SPD]: So ist das!)

Herr Britz, auf das, was Sie hinsichtlich der Gemeindeverfassungsreform angesprochen haben, will ich jetzt gerne eingehen. Gerade diese einkommenschwachen Gemeinden brauchen weitere politische Unterstützung. Gemeinden mit einer schwachen Einnahmesituation sind besonders konjunkturellen Schwankungen ausgesetzt.

Diese zyklischen Anfälligkeiten lassen sich nicht durch das Gemeindefinanzierungsgesetz lösen. Hier hilft nur eine Gemeindeverfassungsreform auf Bundesebene, die die kommunalen Einnahmen auf verlässlichere Beine stellt. Auch hier ist Nordrhein-Westfalen für die kommunale Familie Motor und Antreiber.

Herr Britz, hören Sie vielleicht mal zu: Neben den Aktivitäten unseres Finanzministers auf Bundesebene werden wir in den nächsten Wochen als Regierungskoalition hierzu einen Antrag einbringen. Es wäre allerdings sehr hilfreich, wenn konservativ geführte Bundesländer diese schwierige gesetzgeberische Operation endlich konstruktiv begleiten würden. Vielleicht können Sie, Herr Britz, bei Ihren Parteikollegen in den anderen Bundesländern für etwas mehr Gestaltungswillen sorgen. Damit würden Sie einen wirklichen Beitrag für unsere Gemeinden in Nordrhein-Westfalen leisten. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das Gemeindefinanzierungsgesetz 2002 stellt den Gemeinden einen Betrag von 7,176 Milliarden Euro zur Verfügung. Das sind 88 Millionen Euro mehr als letztes Jahr. Ich betone: mehr. Vor dem Hintergrund, dass der Landeshaushalt im Rahmen eines strikten Sparkurses faktisch stagniert, wächst das den Gemeinden zur Verfügung stehende Volumen immerhin um 1,2 %. Das Land konsolidiert sich, Herr Britz, eben nicht zulasten der Kommunen. Im Gegenteil: Während wir unseren Sparkurs konsequent mit Bordmitteln gestalten, kommen wir unserer Verantwortung für die kommunale Familie im höchsten Maße nach.

(Beifall bei der SPD)

Herr Britz, wenn man diese Zahlen liest und sieht und die Fakten wirklich vergleicht, irritiert etwas

(Ralf Jäger [SPD])

- (A) die Presseinformation Ihrer CDU-Landtagsfraktion unter der Überschrift "Kommunen helfen, statt plündern. Es kommen noch einige Ausführungen, darauf einzugehen ich Ihnen nicht ersparen kann. Wenn man diese Zahlen sieht, muss man feststellen, dass die CDU-Landtagsfraktion in ihrer Presseinformation einen sehr leichtfertigen Umgang mit der Wahrheit pflegt. Das, was Sie dort veröffentlicht haben, scheint aus der Feder Ihrer Abteilung für Propaganda und Desinformation gekommen zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Fakt ist: Über den vorgelegten Regierungsentwurf hinaus haben die Regierungsfractionen weitere Änderungen zugunsten der Kommunen vorgenommen. Der vorgesehene Vorwegabzug für die Beteiligung der Gemeinden an den Krankenhausinvestitionen entfällt. Stattdessen wird der Verbundbetrag um 81,3 Millionen Euro erhöht. Wir erhöhen hierfür die allgemeine Investitionszuschale um 36,34 Millionen Euro. Zum anderen wird den Kommunen, die besonders vom Wegfall der Bedarfszuweisungen für Schülerfahrtkosten betroffen sind, eine Übergangshilfe von 5 Millionen Euro gewährt. Und jetzt, meine Damen und Herren von der CDU-Landtagsfraktion, hören Sie bitte genau zu: Darüber hinaus wird der Gesamtansatz der Schulzuschale von uns um 40 Millionen

(B)

(Zurufe von CDU und FDP)

von 460 auf 500 Millionen erhöht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Um es einmal ganz deutlich zu sagen: Diese Schulzuschale stellen wir zur Verfügung, ohne dass das Land eine rechtliche Verpflichtung für Schulneubauten oder Schulsanierung hätte. Das ist für die Gemeinden ein äußerst flexibles Instrument, um ihren Aufgabenstellungen im Bildungswesen nachzukommen.

Herr Britz, Sie haben gerade ausgeführt, es gebe einen 10-Milliarden-Investitionsstau bei Schulen und von 9 Milliarden bei der Pflege. Vor drei Monaten sprachen Sie noch von ungefähr der Hälfte. Wenn man Sie noch lange reden lässt, wird wahrscheinlich irgendwann eine dreistellige Millionenzahl, was den Sanierungsbedarf in diesem Lande angeht, herauskommen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich habe Ihnen gerade vorgetragen, was der Regierungsentwurf beinhaltet und was die Regierungskoalition an Veränderungen vornehmen wird. Kommen wir jetzt einmal zu Ihren Vorschlägen! Das wird nicht allzu lange dauern. (C)

Herr Britz, selbst mit gutem Willen - den können Sie mir wirklich unterstellen - gelingt es mir nicht, die heute von Ihnen für die zweite Lesung des GFG gestellten Anträge mit dem, was Ihre Fraktionsspitze den Medien erklärt hat, irgendwie in Einklang zu bringen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Da beantragt die CDU-Fraktion eine Erhöhung der Schulzuschale um 25 Millionen Euro. Das sind 15 Millionen Euro weniger, als auf unsere Initiative hin der Haushalts- und Finanzausschuss bereits beschlossen hat.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Was wollen Sie jetzt eigentlich? Beantragen Sie tatsächlich die Kürzung der Schulzuschale? Wahrscheinlich nicht. Eher scheint es so zu sein, dass Sie bei den Änderungsanträgen, die Sie heute eingebracht haben, den Überblick über den Stand der Haushaltsberatungen verloren haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(D)

Ich kann Ihnen gern noch ein Beispiel nennen. Im Kommunalausschuss beantragen Sie eben diese Erhöhung der Schulzuschale um 25 Millionen Euro - selbstverständlich ohne einen Deckungsvorschlag einzubringen -, von denen 17,9 Millionen Euro für den Fortfall der Schülerfahrtkosten aufgebracht werden sollen. Gegenüber der Presse behaupten Sie dagegen, Sie beantragten zusätzliche 17,9 Millionen Euro. Was wollen Sie denn jetzt?

(Zurufe von der CDU)

Wollen Sie 25 Millionen rauf oder runter, 18 Millionen rein oder raus oder das Ganze gar nicht? Meine Damen und Herren, das, was Sie hier beantragen, ist gegenüber dem, was in den Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss stattgefunden hat, und dem gegenüber, was Sie der Presse erklärt haben, schlichtweg konfus, nicht sorgfältig und schlampig abgeliefert.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Rüttgers, Sie sind ja unmittelbar beteiligt: Eine Bitte oder Empfehlung an Herrn Britz. Reden

(Ralf Jäger [SPD])

- (A) Sie doch einmal innerhalb Ihrer Fraktion miteinander, damit das, was Sie hier an Anträgen einbringen, und das, was Ihre Lautsprecher öffentlich erklären, irgendwann einmal in Einklang gebracht werden kann.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Britz, wollen Sie noch ein Beispiel haben? Sie beantragen eine Absenkung der Befrachtung für das Flüchtlingsaufnahmegesetz und kündigen Deckungsvorschläge aus dem Einzelplan 03 an. Wo sind die denn? Wo haben Sie die Anträge? Drucken Sie die noch, kopieren Sie noch, kommen die nächstes Jahr? Uns liegen die nicht vor.

(Zurufe von der CDU)

Herr Rüttgers, wenn es so etwas wie eine PISA-Studie für Landtagsabgeordnete gäbe

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

und Kriterien wie Sorgfältigkeit, Fleiß und Gestaltungswillen angelegt würden, Herr Rüttgers, wissen Sie, wo Ihre Fraktion landen würde? Ganz hinten!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

- (B) Aber neben so viel Schelte, meine Damen und Herren von der CDU-Landtagsfraktion,

(Zurufe von der CDU)

will ich Sie jetzt loben und die Kollegen von der FDP gleich mit. Das GFG hat ein Gesamtvolumen von 7,34 Milliarden Euro. Ihre Änderungsanträge - unter Berücksichtigung des aktuellen Standes der Haushaltsberatungen ---

(Zuruf von der CDU: Kommunalpolitischer Kammerjäger!)

- Das war ein Zwischenruf, der in die Kategorie fällt: Die Unfähigkeit zum Denken geht oft mit der Unfähigkeit zum Schweigen einher.

(Beifall bei der SPD)

Das GFG hat also ein Gesamtvolumen von 7,34 Milliarden Euro. Ihre Änderungsanträge umfassen einen Änderungsbedarf von satten 43,7 Millionen Euro, meine Damen und Herren von der CDU-Landtagsfraktion. Dagegen ist die FDP geradezu in die Vollen gegangen. Wenn ich die Anträge über 255 Millionen DM zum Einzelplan 05, die mit dem GFG nichts zu tun haben, einmal außen vor lasse und ausschließlich das

nehme, was die FDP im Rahmen des GFG beantragt hat, dann sind das satte 81,3 Millionen, in etwa 1,1 %. CDU und FDP beantragen also eine Änderung von etwa 0,59 % bzw. 1,1 %.

Jetzt zu meinem Lob, meine Damen und Herren: Mit einem Zustimmungsgrad von 99,4 % bzw. 98,9 % zum vorgelegten Gemeindefinanzierungsgesetz haben wir schlichtweg nicht gerechnet. Dieses Lob haben Sie verdient.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Und diesen Applaus haben Sie auch verdient.

Aber wenn man einmal vergleicht, was Sie draußen und in den Medien erzählen und was Sie hier an Änderungsanträgen vorlegen, dann zeigt sich die Wahrheit des Spruches: An ihren Taten und nicht an ihren Worten sollt ihr sie messen. Größer kann der Unterschied zwischen dem, was Sie sagen, und dem, was Sie hier abliefern, schlichtweg nicht sein. Während Sie draußen den Untergang des kommunalen Abendlandes verkünden, haben Sie hier nicht einmal den Ansatz einer Initiative vorgelegt.

(Zuruf von der CDU)

Das ist die Differenz, Frau Kollegin, zwischen politischer Sehnsucht und politischer Wirklichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Kritik an diesem GFG machen die Zahlen deutlich: 0,6 % Änderungsbedarf artikulieren Sie. Das ist Wort- und Schaumschlägerei und Ausdruck Ihrer Hilflosigkeit und Konzeptionslosigkeit angesichts der Finanzen der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich kann gern noch einen draufsetzen: Mit Ihren öffentlichen Äußerungen und Ihrer Kritik sind Sie als Tiger abgesprungen und hier im Plenum als Bettvorleger gelandet.

(Beifall bei der SPD)

Aus unserer Sicht beweisen die Zahlen des Entwurfs zum Gemeindefinanzierungsgesetz, dass das Land Nordrhein-Westfalen zu seiner kommunalen Familie steht. Wir haben trotz eigener finanzieller Engpässe das den Gemeinden zur Verfügung stehende Geld erhöhen können. Dabei legen wir besonderes Augenmerk auf jene Kommunen, die besondere Probleme auf ihrer Einnahmeseite haben. Mit der Erhöhung der allgemeinen Zuwei-

(Ralf Jäger [SPD])

(A) sungen um 5,1 % tun wir das, was die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen als großen Beitrag erachten. Meine Damen und Herren, dieser Gesetzentwurf - das zeigen Ihre eigenen Änderungsanträge - ist alternativlos und dokumentiert, dass das Land für seine 396 Gemeinden ein verlässlicher Partner ist. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Jäger. - Das Wort hat für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Dr. Wolf.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Jäger, wer seit einem halben Jahrhundert Haushaltsverantwortung in Duisburg trägt, sollte hier an und für sich überhaupt nicht ans Mikrofon treten.

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Zeiten des Vertuschens und Verschleierns der dramatischen Haushaltslage der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen ist nun auch für die Regierung zu Ende. Es geht kein Weg an dem rot-grünen Eingeständnis vorbei: Die Kommunalfinanzen stehen vor dem Kollaps. Konkurs- oder Insolvenzverschleppung würde man so etwas an anderer Stelle nennen.

(B)

Der massive Einbruch beim kommunalen Finanzstand beim Gewerbesteuer in diesem Jahr belastet viele Kommunen erheblich bis existenziell. Bundesweit werden statt 53 Milliarden im Jahre 2000 für 2001 nur noch 48 Milliarden - also 5 Milliarden weniger - erwartet. Ich denke, das spricht eine deutliche Sprache.

Nachdem noch bei der Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes sowohl der Finanz- als auch der Innenminister die heile Welt predigten und wissentlich die Augen vor der konjunkturellen Abwärtsbewegung verschlossen, brachte es die Novemberschätzung der Steuereinnahmen an den Tag: Statt des versprochenen geringen Zuwachses bei den Kommunalfinanzen steht gegenüber den bisherigen Annahmen nun ein Minus von 500 Millionen DM und damit realiter eine negative Entwicklung gegenüber 2001 ins Haus.

Die Situation wird dadurch verschärft, dass das Land im Gleichschritt mit der rot-grünen Bundesregierung staatliche Aufgaben auf die Kommunen überwälzt, ihnen aber eine adäquate und auskömmliche Finanzausstattung vorenthält. Durch raffiniertes finanztechnisches Tricksen mit Befrachtungen und Vorwegabzügen vermindert das Land den kommunalen Anteil am Steuerkuchen - Herr Britz hat es bereits vorgetragen - um rund 1 Milliarde DM von 15 auf 14 Milliarden DM.

(C)

Diese Art der kreativen Buchführung erleichtert dem Land eine ungenierte Selbstbedienungsmentalität, die formal 23 % Kommunalanteil am Steuererwerb zwar aufrechterhält, in der Realität die Finanzmittel für die Städte und Gemeinden jedoch massiv und dauerhaft zurückführt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das Land könnte mit eigenen Anstrengungen die landesseitig zu verantwortenden Ausgaben verringern. Ich denke zum Beispiel an die Streichung grüner Spielwiesenprogramme. Ich denke an die 50 Pfennig pro Einwohner für die Eine-Welt-Politik. Das Geld könnte man an anderer Stelle gut verwenden.

(Beifall bei der FDP)

Ich denke an einen konsequenten Neueinstellungsstopp außerhalb der Servicebereiche Schule, Polizei und Strafvollzug und den Abbau von Steinkohlesubventionen oder die Veräußerung von Vermögensbeteiligungen.

(D)

Alles dieses tut das Land nicht und wählt stattdessen den bequemen Weg und lässt die Kommunen die Zeche zahlen.

(Beifall bei der FDP)

Dies ist umso schmerzlicher, als selbst nach der Einschätzung der Landesregierung die Städte und Gemeinden - ich zitiere Herrn Dr. Behrens - auf ihrem Weg zur Haushaltskonsolidierung Vorbildliches geleistet, im großen Stil Stellenabbau betrieben und auch Vermögensveräußerungen vorgenommen haben.

Im Gegensatz hierzu machen es sich die Rot-Grünen im Reformstau gemütlich und hoffen, dass die durch wirtschafts-, arbeitsmarkt- und steuerpolitischen Dilettantismus in Berlin provozierte Rezession wie ein Spuk vorübergeht.

(Dr. Ingo Wolf [FDP])

(A) In Düsseldorf verlegt sich Rot-Grün auf Scheinmodernisierung durch vorweihnachtliche Mogelpackungen. Die im Ansatz begrüßenswerte Umstellung von Antragsförderung auf Pauschalzuweisung soll sowohl beim Schulbau als auch beim Feuerschutz in erster Linie die Mangelverteilung kaschieren. In Zeiten besser gefüllter Kassen wurden rote und grüne Minister, Staatssekretäre und Regierungspräsidenten nicht müde, sich vor Ort wegen der Landesförderung mittels Bewilligungsbescheiden feiern zu lassen. Erst als der Antragsstau immer größer und die Fördersätze immer geringer wurden, besann sich Rot-Grün auf die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Ohne eine müde Mark des Landesanteils am Steueraufkommen werden die mittlerweile auf 980 Millionen DM hochgeschraubten Beträge für die Schulpauschale zu 100 % aus kommunalem Geld - aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz - bezahlt. Der Presse und den Bürgern gegenüber wird der Eindruck frischen Geldes vermittelt, obwohl in Wahrheit nur das Geld aus bisherigen Fördertöpfen zusammengekratzt wurde.

(Beifall bei FDP und CDU)

(B) Meine sehr geehrten Damen und Herren, ob das Geld wirklich für Schule ausgegeben wird, ist aus vielerlei Gründen zweifelhaft. Frau Löhrmann hat eine solche kryptische Andeutung schon gemacht. Ich nenne nur Stichworte wie unzulässige Umbuchung in den Verwaltungshaushalt und Bildung von lediglich buchhalterischen Rücklagen. All das werden wir wahrscheinlich in späterer Zeit noch diskutieren.

Bei diesem "Reformeifer" des Landes kam dann auch der Sonderbedarf von ländlichen Kommunen mit überdurchschnittlich hohen Schülerfahrkosten unter die Räder, deren Einbußen bis zu 5 % des Verwaltungshaushalts ausmachen und denen mit der einmaligen, von Herrn Jäger zitierten rot-grünen Übergangsspende auf Dauer nicht geholfen ist.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die Schwelle zur Unredlichkeit wird allerdings endgültig überschritten, wenn die Landesregierung diese kommunalen Finanzierungsmittel dann auch noch in ihrem Zwölf-Punkte-Programm zur Wirtschaftsbelebung als Landesleistungen reklamiert: Linke Tasche, rechte Tasche - damit wird die eigene Verantwortung für das jahrzehntelange Ausbluten der kommunalen Finanzen vernebelt. Das ist die Taktik der Regierung.

(C) Die FDP fordert eine zusätzliche Landesfinanzierung für den Schulbau in Höhe von 500 Millionen DM. Herr Jäger, diese Forderung müssen Sie in unsere Forderungen einbeziehen. Das ist der Anteil des Landes, der gezahlt werden muss, weil die Kommunen über Jahre hinweg benachteiligt worden sind.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP fordert zusätzlich die ungeschmälerete Fortzahlung der 35 Millionen DM Schülerbeförderungskosten sowie 40 Millionen DM für die kommunale Durchführung der Landesaufgabe Ganztagsbetreuung an Schulen, die hier immer einmütig beschworen wird.

Beim Feuer- und Katastrophenschutz zieht sich das Land gerne auf das Argument zurück, Feuerschutz sei kommunale Aufgabe, und lässt die Kommunen mit den Konsequenzen der wegbrechenden Feuerschutzzeinnahmen alleine. Die mit der Pauschalierung einhergehende Atomisierung der Mittel lässt größere Investitionen - jedenfalls im kreisangehörigen Raum - kaum zu.

(D) Wegen der häufigen Überschneidung des Feuerschutzes mit der Landesaufgabe Katastrophenschutz ist ein finanzielles Engagement des Landes zwingend notwendig. Nicht zuletzt im Hinblick auf die veränderte Gefährdungslage nach den Terrorereignissen in den USA muss die Mittelzuweisung an die Kommunen um 40 Millionen DM echte Landesmittel ergänzt werden.

(Beifall bei der FDP)

Ebenfalls nicht hinnehmbar ist das Alibisparen zulasten der Kommunen im Bereich des vom Bund erlassenen Unterhaltsvorschussgesetzes in Höhe von rund 60 Millionen DM.

Schließlich sieht der Haushaltsentwurf eine 160-Millionen-DM-Beteiligung der Kommunen an der Krankenhausfinanzierung durch eine faktische Kürzung der Gemeindefinanzierungsmittel vor. Herr Jäger, das haben Sie verschwiegen. Im Ausschuss für Kommunalpolitik startete die rot-grüne Koalition einen fulminanten Scheinentlastungsangriff zugunsten der Kommunen, um so die Schlüsselzuweisungen zu stärken. Das Ganze hatte nur zwei Schönheitsfehler: Zum einen blieb auf kunstvolle Art und Weise die gemeindliche Belastung statt als Vorwegabzug nunmehr als "Nachwegabzug" erhalten, und zum anderen wurde damit Steinbrücks Gesamthaushalt kurzerhand verfassungswidrig, weil im investiven Bereich

(Dr. Ingo Wolf [FDP])

- (A) nicht mehr genügend Mittel veranschlagt wurden. Dieser Vorgang stellt nicht nur den Finanzminister bloß, der Pressemitteilungen zufolge erst zugestimmt und dann einen Rückzieher gemacht hat - oder aber diese Politik wurde hinter seinem Rücken betrieben. Vielmehr zeigt sich im Hinblick auf den häufig geäußerten Vorwurf von Rot-Grün, die - bar jeglicher Regierungsbordmittel - gestellten Anträge der Opposition ließen die Feinabstimmung vermissen, ein schöner Bumerangeffekt. Ich glaube, dass das bei Ihnen etwas stärker in die Hose gegangen ist.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir Freidemokraten tragen diese Regierungspolitik des Tricksens und Vertuschens zulasten der Kommunen nicht mit und fordern generell die Streichung des Krankenhausfinanzierungsanteils im Haushaltsgesetz. Es reicht eben nicht aus, dass Rot-Grün jetzt endlich das Milliardendefizit aufseiten der Kommunen eingesteht, sich dann allerdings lediglich mit Haushaltskosmetik begnügt.

- (B) Meine sehr geehrten Damen und Herren, das geschilderte Finanzdesaster in den kommunalen Haushalten macht deutlich, dass es mit dem Drehen an kleinen Stellschrauben nicht mehr getan ist. Die FDP fordert seit langem eine grundlegende Gemeindefinanzreform. Herr Horstmann, wie viele Jahre wollen Sie hier eigentlich als Erblasttheoretiker noch dazwischen rufen? - Packen Sie es an!

(Beifall und Heiterkeit bei FDP und CDU)

Wir wollen die Abschaffung der Gewerbesteuer und eine planungssichere Einnahmequelle für die Kommunen. Gerade in der letzten Zeit hat sich die Einnahmequelle Gewerbesteuer als unkalkulierbare Achterbahnsteuer erwiesen, die im Hinblick auf Planungssicherheit geradezu den Charakter einer Lotteriesteuer hat.

(Widerspruch von Dr. Axel Horstmann [SPD])

- Hören Sie einmal gut zu, Herr Horstmann. Nach ersten zaghaften Meldungen aus dem Bundesfinanzministerium - bekanntlich von der SPD geführt - und Unterstützung in den Wirtschaftsverbänden haben sich nunmehr auch die 16 Wirtschaftsminister der Bundesländer - übrigens noch nicht durchgehend alle FDP-Mitglieder; das wird sich hoffentlich bald ändern - für die Abschaffung der Gewerbesteuer ausgespro-

chen. Bis dahin sollte die aktuelle Finanznot auf jeden Fall dadurch gelindert werden, dass die Länder auf die gesetzlich vorgesehene Erhöhung der Gewerbesteuerumlage verzichten, wie das im Übrigen Bayern im Bundesrat initiiert hat. An der Stelle könnten sich Finanzminister und Innenminister einmal nachhaltig kommunalfreundlich profilieren. Ich bin gespannt, Herr Steinbrück, wie Ihre Position hierzu aussieht. (C)

Wir Freidemokraten begrüßen die aus unserer Sicht unumkehrbare Tendenz, den Gemeinden ergiebige und verlässliche Einnahmen zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu verschaffen. Neben einer Entmischung der Aufgabenzuweisung und -finanzierung auf den Ebenen Bund, Länder und Gemeinden ist insbesondere eine gemeindeeigene Steuer durch einen innerhalb eines fixierten Korridors variablen Zuschlag auf die Einkommensteuer notwendig. Dabei darf der Höchstsatz von 35 % nach dem FDP-Einkommensteuertarifmodell nicht überschritten werden.

Durch Subventionsabbau und einen auf Wirtschaftswachstum gestützten Selbstfinanzierungseffekt wird eine solche Steuerreform die notwendigen Impulse für mehr Beschäftigung und Wohlstand geben. Auf dieser Basis wird es dann möglich sein, den Städten, Kreisen und Gemeinden die erforderliche Finanzausstattung zu sichern. - Ich danke Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren. (D)

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Sie sind ein Sicherheitsrisiko für die Kommunen!)

Präsident Ulrich Schmidt: Schönen Dank, Kollege Dr. Wolf. - Das Wort hat der Kollege Groth für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lindlar, bleiben Sie ganz gespannt. An Herrn Wolf nur diese Anmerkung: Das mit der Selbstfinanzierung von Steuerreformen erleben wir gerade. Schönen Dank für Ihre Hinweise!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nachdem die Kommunen in diesem Jahr mit sinkenden Schlüsselzuweisungen auskommen muss-

(Ewald Groth [GRÜNE])

- (A) ten, ergibt sich für das Jahr 2002 eine wenn auch kaum merkliche Steigerung um 0,1 %. Das sind nicht ganz 6 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren von der Opposition und insbesondere Sie von der CDU, Sie ziehen übers Land und verkünden, die GFG-Mittel würden gekürzt und die Schlüsselmasse würde reduziert. Das ist zumindest unredlich. Sie wissen ganz genau, dass an der Stelle nicht gekürzt wird, sondern dass das, was dort aus dem Steuerverbund einfließt, in diesen Zeiten, in denen eine Steuerreform zuschlägt und die Konjunktur nicht so anspringt, wie wir uns das vorstellen, eben nicht mehr ist. Sie versuchen dabei nur, Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen zu streuen.

(Widerspruch bei der CDU)

- Herr Rüttgers, mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich Sie einmal:

"Das Land raubt die Kommunen aus."

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Dieser Satz von Ihnen ist so unglaublich und auch so falsch wie nur was. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall: Sie machen sich im Land unglaublich. Das Land macht nämlich eine Minusrunde, nicht die Kommunen. Sie werden deshalb unglaublich, weil sich alle noch genau daran erinnern, dass Sie von der CDU es gewesen sind, die ein Vorziehen der zweiten Stufe der Steuerreform gefordert haben. Unsere Kommunen hätten Gnade gebraucht, wenn Sie es geschafft in der momentanen Situation geschafft hätten, auch noch die zweite Stufe der Steuerreform durchzuziehen. Dann wäre in den kommunalen Kassen absolute Ebbe gewesen.

(B)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Es bleibt dabei: Seit über 15 Jahren haben wir eine Verbundquote von 23 %. Sie wissen, dass in allen Ländern, in denen die CDU das Sagen hat - ich meine die südlichen Länder -, nicht so viel Geld in die kommunalen Kassen fließt, wie das in Nordrhein-Westfalen der Fall ist. In Nordrhein-Westfalen kommt nach wie vor jede vierte Mark in den kommunalen Haushalten an. Das ist sehr viel mehr als in Bayern und viel besser als in Baden-Württemberg. Das ist auch sehr viel besser als in Hessen. Damit können wir uns durchaus sehen lassen.

Meine Damen und Herren, zugegebenermaßen sind die 6 Millionen Euro, von denen ich gespro-

chen habe, eine unmerkliche Steigerung; aber zusammen mit der Positivabrechnung aus dem Jahr 2000 - einem Plus von 185 Millionen DM - und der Tilgungsstreckung beim Fonds Deutsche Einheit - plus 155 Millionen Euro - werden die Kommunen im Jahre 2002 besser gestellt als im laufenden Jahr. - So weit zum Positiven.

Die Kommunen brauchen das auch. Sie brauchen das angesichts von Preissteigerungen, von Lohn- und Gehaltssteigerungen. Das ist doch völlig klar. Die Belastung der Kommunen ist kein Pappentitel. Auch daran wollen wir nicht vorbei reden. Die Beteiligung an der Krankenhausfinanzierung in Höhe von 20 % beträgt 81,3 Millionen Euro. Auch dafür brauchen sie Mittel. Bayern beteiligt seine Kommunen allerdings mit 50 %. Gestatten Sie mir den Sarkasmus: Da sind die Kommunen in Nordrhein-Westfalen noch einmal mit einem blauen Auge davon gekommen.

Auch der höhere Anteil beim Unterhaltungsvorschussgesetz ist nicht leicht zu verkraften. Die noch im Entwurf des Landesjugendplans vorgesehenen Kürzungen, durch die die Kommunen zwangsläufig wieder zu Ausfallbürgen geworden wären, konnten wir zurücknehmen. Das sehen wir positiv. Das ist ein positiver Aspekt.

Ein gutes Zeichen ist auch, dass die neue Investitionspauschale punktgenau die früheren Investitionspauschalen - allgemein und Abwasser - abbildet und ersetzt und in Höhe von 188 Millionen Euro fließt. Die Schulpauschale in Höhe von 500 Millionen Euro ist mehr als eine Verdoppelung der bisherigen Projektförderung. Da haben wir doch ganz gut "gekratzt". Herr Dr. Wolf, das müssen Sie zugeben. Die Pauschale läuft im Übrigen unter dem skandinavischen Motto "Entdecke die Möglichkeiten!":

(D)

(Zurufe von der CDU)

Neubau, Sanierung, ob ein neues Dach, ob ein neues Fenster, Heizungen usw. bis hin zur Ausstattung von Schulen und Schulsportstätten.

Meine Damen und Herren, nun kann keine Kommune mehr glaubwürdig vertreten und behaupten, es fehle an Geld für die Erstellung eines PCB-Sanierungskonzeptes. Das ist endgültig vorbei.

Wie verabredet haben wir nach der Anhörung der Spitzenverbände im kommunalpolitischen Ausschuss in einer weiteren Runde mit den von der Abschaffung der Erstattung überdurchschnittlicher Schülerfahrtkosten betroffenen Kommunen

(Ewald Groth [GRÜNE])

(A) zusammengesessen und eine bessere Übergangslösung gefunden. Getrennt von der Schulpauschale stellen wir - wie auch gefordert - einmalig fast 5 Millionen DM bereit, um auf der Grundlage der Betroffenheit der Gemeinden und Kreise in zwei Gruppen eine Abmilderung zu erreichen. Das ist eine positive Nachricht.

Gestatten Sie mir noch einen Ausblick auf die künftige kommunale Situation: Die zweite Stufe der Steuerreform wird 2003 kommen. Die Negativabrechnung aus diesem Jahr 2001 wird auch kommen. Das werden keine einfachen Zeiten für die Kommunen. In den Kommunen muss alles auf den Prüfstand, auch alles lieb gewonnene.

Die Kommunen brauchen eine sehr deutliche Verstärkung ihrer Einnahmen. Darüber ist hier heute schon viel gesprochen worden. Sie brauchen Planungssicherheit.

Dazu gehört aus unserer Sicht die schnelle Arbeit an einer Gemeindefinanzreform. Wir Grünen begrüßen, dass Herr Finanzminister Eichel endlich Anfang des Jahres die Kommission einsetzen wird. Wir begrüßen sehr, dass der Innenminister dieses Landes, Dr. Behrens, unsere Interessen in dieser Kommission vertreten wird.

(B) Diese Kommission darf nicht bei den Steuerfragen stehen bleiben; denn da ist nur eine Verstärkung zu erwarten, nicht mehr Geld vom Kuchen. Sie muss darüber hinaus Antworten bringen. Zuständigkeiten müssen auf den Tisch. Mischzuständigkeiten müssen genau so beseitigt werden wie Mischfinanzierungen abgeschafft gehören. Es geht insgesamt um eine Neujustierung des Föderalismus, auch um eine Neujustierung der kommunalen Aufgaben, meine Damen und Herren. Dies ist nicht zuletzt deshalb der Fall, weil wir im globalisierten Wettbewerb auch unsere Verwaltung und unsere Zuständigkeiten so effizient wie möglich ordnen müssen. Wir müssen unsere Verwaltungen in dieser Frage auf den Prüfstand stellen. Wir konkurrieren in dieser Frage mit anderen Ländern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei Verordnungen und Gesetzen müssen wir ganz deutlich über die Detailtiefe reden. Es macht doch keinen Sinn, wenn wir mit ungeheurer Detailschärfe verwalten und am Ende die Ergebnisse unseres Handelns nicht mehr erkennbar sind: sei es in den Bereichen Ökologie oder Soziales oder auch in anderen Bereichen. Das macht keinen Sinn. Da müssen wir sehen, was sich noch lohnt. Dazu muss der

Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden geführt werden. Er muss konsequent geführt werden, er muss auch zum Erfolg gebracht werden. (C)

Wir Grünen werde Ihnen und der Öffentlichkeit am Montag eine Düsseldorfer Erklärung vorlegen, in der wir Eckpunkte weit über eine Gemeindefinanzreform hinaus veröffentlichen, wo es um die Zuständigkeiten im föderalen System geht. Die Zeiten für die öffentlichen Kassen werden nicht besser. Deshalb wollen wir Grünen handeln. Verantwortungsvolles Handeln tut in diesen Zeiten Not. In diesem Sinne: Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Groth. - Das Wort hat der Innenminister, Herr Kollege Dr. Behrens.

Dr. Fritz Behrens, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist wahr: Seit Einbringung und erster Lesung des Gemeindefinanzierungsgesetzes hat sich einiges in der Welt getan. Es hat sich auch finanziell einiges verändert. Für alle politischen Handlungsebenen hat sich die finanzielle Lage vor allem, was die Einnahmenseite betrifft, dramatisch verschlechtert. Wenn man den Rednern der Opposition zuhört, könnte man den Eindruck bekommen, das sei etwas, was sich allein auf der kommunalen Ebene abspiele und Land und Bund völlig unbehelligt lasse. Ich finde, das ist, wenn auch keine blinde, so doch eine ziemlich einäugige Betrachtung der Angelegenheit, die durch die vielen starken, aber ziemlich hohlen Worte nicht ausgeglichen wird, meine Damen und Herren. (D)

(Beifall bei der SPD)

Ich betrachte das, was mit den Worten Konkurs, Tricksen, Vertuschen usw. ausgeführt worden ist, als eines der üblichen Rituale, die nun einmal in solchen politischen Diskussionen nicht zu vermeiden sind.

Herr Wolf, ich gucke Sie besonders an: Wer in dieser Art und Weise mit einem solchen Wortgeklingel mit einem Finger auf andere zeigt, auf den zeigen vier Finger auch wieder zurück. Mit manchen Äußerungen, die ich hier gehört habe, sind für mich die Grenzen der Seriosität überschritten.

(Beifall bei der SPD)

(Minister Dr. Fritz Behrens)

(A) Meine Damen und Herren, ich rede jetzt vor allem über die Kommunen. Die Haushaltslage unserer Kommunen in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen hat sich im Laufe dieses Jahres erheblich verschlechtert. Ich spreche immer über den statistischen Schnitt, wenn ich von den Kommunen in Nordrhein-Westfalen spreche. Ich lese natürlich auch, dass es in Düsseldorf problemlos möglich ist, einen ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden. Die Gründe dafür seien einmal dahingestellt.

Die Lage hat sich im statistischen Durchschnitt erheblich verschlechtert. Das ist uns klar. Die Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte werden in diesem Jahr voraussichtlich auf über 4 Milliarden DM ansteigen. Der Finanzierungssaldo kehrt sich ins Negative, nachdem er sich einige Jahre positiv entwickelt hatte und im Positiven lag.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Meine Damen und Herren, Sie wissen alle, dass es dafür viele Ursachen gibt. Ich will nur einige wenige nennen: Auf der Einnahmenseite geht es einmal um die Folgen der Steuerreform, um diese Seite der Medaille zu betrachten. Wer sich jetzt hier herstellt und sagt, damit habe er nichts zu tun, der hat wohl vergessen, dass alle Parteien es im vergangenen Jahr und noch zu Beginn dieses Jahres für ganz außerordentlich wichtig und für unumkehrbar hielten und die Steuerreform so oder so ähnlich gewollt haben.

(B) Wer heute seine politische Verantwortung dafür leugnet, stiehlt sich aus dieser Verantwortung. Es kommt hinzu, dass wir es, beschleunigt durch den 11. September, mit einer rapide nach unten zeigenden wirtschaftlichen Entwicklung zu tun haben, die die Einnahmenseite noch einmal erheblich beeinträchtigt.

Schließlich - das hat nicht nur etwas mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu tun, sondern auch mit Strukturfragen - bricht die Gewerbesteuer an vielen Stellen weg. Sie wird völlig unkalkulierbar. Sie ist - so, wie sie ist - keine verlässliche Grundlage mehr für Finanzplanungen unserer Kommunen. 10,4 % erwarten wir in diesem Jahr weniger an Einnahmen gegenüber den erwarteten Planungen, und zwar wiederum im statistischen Schnitt. Umso erstaunlicher ist es, dass es an einigen Stellen, selbst in Nachbargemeinden völlig auseinander laufende Entwicklungen gibt: bei den einen

erheblich weniger, bei den anderen erheblich mehr. Das soll einmal einer erklären; das kann keiner erklären. (C)

Die Gewerbesteuerumlageanhebung gehörte zum Paket der Steuerreform. Man kann sie nicht isoliert diskutieren. Das gehört auch zur Redlichkeit. - Das war ein kurzer Blick auf die Einnahmenseite.

Auf der anderen Seite steigen die Ausgaben wieder. Vor allem die Ausgaben im sozialen Bereich nehmen wieder bedrohlich zu. Nachdem sie einige Jahre nicht zuletzt durch die Pflegeversicherung nach unten gingen und in den kommunalen Haushalten und in der Politik auf kommunaler Ebene Hoffnung zu verspüren war, dass man die Dinge in den Griff bekommen könnte, geht es jetzt, was die Zahlen betrifft, wieder steil nach oben.

Deshalb genügt es nicht, wenn man den Gemeinden wirklich dauerhaft helfen will - das wollen wir -, nur über das GFG zu diskutieren und zu hoffen, dass man mit dem jährlichen GFG und dem, was da gestaltbar ist, diese Probleme der Kommunen dauerhaft lösen könnte. Das wird nicht gelingen. Wir müssen an die Strukturfragen heran.

(D) Deshalb sind wir aus Nordrhein-Westfalen - sicherlich nicht wir alleine, aber Kollege Steinbrück und ich - Befürworter und Antreiber, was die Gemeindefinanzreform betrifft. Wir sind sehr froh und auch glücklich darüber, dass sich der Bundesfinanzminister bereit erklärt hat, die Kommission zu Beginn des neuen Jahres mit ihrer Arbeit beginnen zu lassen. Wir sind dort initiativ geworden, wir haben das jetzt endlich angepackt, und der Bundesfinanzminister wird tätig.

Was ich mir von dieser Gemeindefinanzreform erhoffe, darauf würde ich vielleicht am Ende noch eingehen, wenn dafür noch Zeit sein sollte. Ansonsten können wir das sicherlich bei anderer Gelegenheit nachholen. Aber so zu tun, als ob nicht auch vor 1998 für CDU/CSU und FDP 16 Jahre Zeit gewesen wäre, um dieses, was Sie jetzt hier einfordern, anzupacken, geht an der gebotenen Redlichkeit in der politischen Diskussion vorbei.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das Zweite, was man auch jenseits des GFG sagen muss, was dringend notwendig ist und was wir auch anpacken, ist die Suche nach Entla-

(Minister Dr. Fritz Behrens)

- (A) stungsmöglichkeiten auch unterhalb der Schwelle einer Gemeindefinanzreform für unsere Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch das packen wir an. Es hat erste Erörterungen mit den kommunalen Spitzenverbänden gegeben, und ich werde dem Kabinett und sicherlich auch dem Landtag im Laufe des Frühjahrs des nächsten Jahres dafür Vorschläge machen, wo ich glaube, dass gegebenenfalls auch Landesrecht geändert werden muss, um Kommunen Entlastung in schwieriger Situation zu verschaffen. Es geht um vieles. Es geht um bundesrechtliche Regelungen, mögliche Bundesratsinitiativen. Es geht um Landesgesetze. Es geht um Vorschriften aller Art. Wir werden das anpacken, und wir werden versuchen, unseren Kommunen Luft zu verschaffen, auch durch Änderungen hier bei uns im Lande.

Wir wollen unseren Kommunen in dieser schwierigen Situation helfen. Keiner von uns, auch niemand von kommunaler Seite - das wissen Sie, wenn Sie dort die Gespräche auch mit den kommunalen Spitzenverbänden führen - hat an irgendeiner Stelle Patentrezepte, die man einfach auf den Tisch legen und von heute auf morgen in die Tat umsetzen könnte.

(B)

Ich warte auf Vorschläge aus dem kommunalen Raum. So haben wir das angelegt, und wir werden sehr ernsthaft prüfen - auch im Kabinett, und, denke ich, in den Koalitionsfraktionen -, was von den Vorschlägen aus dem kommunalen Raum umgesetzt werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein dritter Punkt gehört hierher, so glaube ich. Es bleibt in der Verantwortung vor allem der kommunalpolitisch Tätigen - Rat und Verwaltungen in allen unseren Städten, Gemeinden und Kreisen - in Nordrhein-Westfalen, in schwieriger Zeit auch schwierige Entscheidungen zu treffen. Diese Verantwortung kann ihnen niemand abnehmen - weder der Landtag oder die Landesregierung noch irgendeine andere politische Ebene. Es gibt, glaube ich, nicht die Möglichkeit einer Flucht in den vermeintlichen Ausweg der Verlängerung der Fristen für Haushaltssicherungskonzepte. Wer diese Frage wirklich ehrlich diskutiert und dies will,

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Das hat keiner gefordert!)

- muss ehrlicherweise auch die Gemeindeordnung ändern. (C)

Unsere Gemeindeordnung enthält Vorschriften über die Haushaltssicherungskonzepte, die so großzügig sind wie in keiner anderen Gemeindeordnung in der Bundesrepublik. Es wäre nach meinem Dafürhalten ein völlig falsches Signal, hieran etwas zu ändern. Wir haben - das ist richtig - im Jahr 2001, in diesem Haushaltsjahr, 99 Haushaltssicherungskonzepte. Wir werden im nächsten Jahr voraussichtlich mehr haben. Ob es doppelt so viele sein werden oder nicht, weiß heute noch niemand.

Unser § 75 Abs. 4 der Gemeindeordnung schreibt vor, dass spätestens im vierten auf das Haushaltsjahr folgende Jahr die Einnahmen die Ausgaben ohne Abdeckung von Fehlbeträgen aus den Vorjahren wieder decken müssen. Das ist zunächst einmal für die originären Fehlbeträge eine Frist von vier Jahren, die, wie ich finde, nicht kurz bemessen ist. Für die Fehlbeträge aus den Vorjahren gibt es weitere fünf Jahre obendrauf. Das heißt, meine Damen und Herren, unsere Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben in der zugegebenermaßen schwierigen Situation einen politischen Gestaltungsspielraum, den sie ohne weiteres ausnutzen können, von insgesamt knapp zehn Jahren zur Herstellung des Haushaltsausgleichs. (D)

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE])

Wer hier mehr verlangt, eine Verlängerung dieser Zeiträume im Grundsätzlichen, der, glaube ich, begibt sich auf einen Holzweg, der in die Irre führt und Lasten in die Zukunft verschiebt auf Kosten unserer Kinder. Das wäre nach meinem Dafürhalten nicht verantwortlich.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es gibt deshalb keine Alternative zum konsequent nachhaltigen Sparen auf allen politischen Ebenen, eben auch bei den Kommunen. Diese politische Verantwortung kann den Kommunen niemand nehmen.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Die tun das längst!)

Natürlich werden die Genehmigungsbehörden mit diesen Vorschriften in geeigneter Weise und nicht schematisch umgehen. Das ist doch selbstverständlich. Sie werden genau hinschauen, und sie werden den Rahmen der Gemeindeordnung aus-

(Minister Dr. Fritz Behrens)

- (A) schöpfen. Es wird dort keinen Schematismus geben. Sie wissen das auch aus den Gesprächen, die überall stattfinden. Die Antworten und Lösungen werden für jede Gemeinde anders aussehen. Ich bin in ständigem Gespräch beispielsweise mit den Regierungspräsidenten, mit einzelnen Vertretern aus Kommunen, mit Landräten, mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, um hier auf Lösungsmöglichkeiten hinzuweisen und deutlich zu machen, dass es nicht irgendwelche Eckpunkte geben kann, sondern dass es um die Anwendung der geltenden Gemeindeordnung in all ihrer Flexibilität geht.

Und nun zum GFG, meine Damen und Herren. Das Land hat auch dieses Jahr beim GFG 2002 wieder alles gegeben, was es hat. Ich will das einmal mit einem Satz ganz platt ausdrücken: Mehr war nicht drin. Wenn Sie genau hinschauen und wenn Sie die politischen Diskussionen der vergangenen Wochen verfolgt haben, wissen Sie das auch. Das Land geht mit der Dotierung seiner Gemeinden im GFG an die Grenze der eigenen Leistungsfähigkeit. Mehr - das hat auch das OVG mehrfach bescheinigt - kann man vom Land einfach nicht erwarten und kann man politisch redlicherweise auch nicht einfordern.

- (B) Natürlich bedaure ich die Einbrüche bei den Einnahmen nach der Steuerschätzung Anfang November und die dadurch notwendigen Änderungen im Entwurf des GFG. Aber es bleibt immer noch im Plus, wohingegen der Landeshaushalt ins Minus geht.

Wir haben - um jetzt nicht über einzelne Zahlen zu sprechen, sondern über das große Ganze - unsere Zuweisungen an die Kommunen, so weit es geht, als allgemeine Zuweisungen formuliert und gestaltet und in weitem Felde pauschaliert, sodass auch in dieser schwierigen Situation kommunale Selbstverwaltung in weitest gehendem Maße möglich ist und von uns garantiert wird.

Es ist und bleibt richtig, was einige der Vorredner gesagt haben: Ein solches Gemeindefinanzierungsgesetz sucht bundesweit immer noch seinesgleichen. Wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie das zugeben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich gebe zu, dass das Geld knapp ist. Aber die Strukturen des GFG sind vorbildlich. Ich erspare Ihnen jetzt die Zahlen, die Sie, soweit Sie an der Sache interessiert sind, ja kennen. Ich bin - das

will ich noch sagen - stolz auf die Mittelkonzentration, die Mittelbündelung für die Schulpauschale, die wir jetzt in Höhe von 500 Millionen Euro für das nächste Jahr vorgesehen haben.

(Beifall bei der SPD)

Das wird - wie ich von dieser Stelle aus schon einige Male gesagt habe - sicherlich zu erheblichen Investitionen in unsere Schulen im Lande Nordrhein-Westfalen führen. Ein eindeutiger Schwerpunkt des nächstjährigen GFG ist, dass wir diese Mittel für Zwecke der Sanierung und für Mieten und Leasing von Schulgebäuden öffnen. Wir schneiden alte Zöpfe ab und geben unseren Kommunen ein Höchstmaß an Gestaltungsspielraum und Entscheidungsfreiheit.

Eine halbe Milliarde Euro allein im Jahre 2002 durch Bündelung dieser Mittel im Gemeindefinanzierungsgesetz - das ist, meine Damen und Herren, das politische Signal dieses GFG, das es ins Land hinauszutragen gilt. Ich werde das tun. Wir werden das auf Veranstaltungen zu Beginn des nächsten Jahres - eine im Rheinland und eine in Westfalen - zusammen mit den Verantwortlichen vor Ort noch einmal deutlich machen. Wir werden unsererseits alles tun, damit die notwendigen Investitionen in die Schulen jetzt in Gang kommen und daraus auch ein Anschub für die Bauwirtschaft in unserem Lande entsteht, die es weiß Gott bitter nötig hat.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Alle weiteren Diskussionen haben an anderen Stellen, vor allem in Ausschuss, schon stattgefunden. Ich sage zum Schluss: Das Land hat sich in schwieriger Zeit zur Decke gestreckt. Finanziell so schwierig war es nach meiner Erinnerung - und ich bin 23 Jahre in unterschiedlichen Funktionen dabei gewesen - in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten noch nie. Das Ergebnis für unsere Kommunen ist das Maximum des in dieser schwierigen Zeit Erreichbaren. Mehr ist für das Land nicht leistbar. Das müssen die Kommunen wissen; sie wissen es auch, wenn sie ehrlich mit den Dingen umgehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Minister. - Für die CDU-Fraktion erteile ich jetzt dem Kollegen Palmen das Wort.

(C)

(D)

(A) **Manfred Palmen (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage mich, ob es eigentlich noch Sinn macht, mit dieser Koalition hier in diesem hohen Hause über die Gemeindefinanzen zu reden.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Nein!)

Als Kommunaler frage ich: Macht es noch Sinn? Denn der Kollege der SPD hat hier eine Rede gehalten hat, bei der man sich schämt, wenn man mit diesen Dingen zu tun hat.

(Beifall bei CDU und FDP - Widerspruch bei der SPD)

Ich sage noch ein Weiteres: Schade, dass nur 100 Zuschauer hier diese Rede gehört haben

(Ralf Jäger [SPD]: Schade!)

und nicht alle 13,2 Millionen Wähler in unseren 396 Städten und Gemeinden.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Haben Sie schlecht geschlafen?)

Was wirft uns der Kollege vor? Dass wir leichtfertig mit der Wahrheit umgingen?

(Frank Baranowski [SPD]: So ist es!)

(B) - Dann sage ich Ihnen im Gegenzug: Sie können überhaupt noch nicht einmal rechnen und lesen können Sie auch nicht.

(Beifall bei der CDU)

Ich fange einmal mit dem Rechnen an. Sie erklären hier dem hohen Hause, aus dem GFG würden in diesem Jahr 88 Millionen Euro mehr an die Gemeinden fließen. Die Realität ist anders: 81 Millionen Euro, die der Herr Finanzminister im Krankenhausfinanzierungsgesetz eingestellt hatte, wurden von Ihnen umgeschichtet. 40 Millionen Euro gingen in die Schulpauschale, damit diese 500 Millionen Euro umfasst - das ist ja auch ein wunderbares politisches Signal -, und 41,3 Millionen Euro in die allgemeine Investitionspauschale, die Sie vorher um 50 % gekürzt hatten, Herr Horstmann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und was machen Sie dann? Sie geben mit der rechten Hand 81 Millionen Euro in die Gemeinden, und mit der linken Hand nimmt der gleiche Minister dieses Geld den Gemeinden mit der An-

derung des § 19 Abs. 1 des Krankenhausgesetzes im Haushaltsbegleitgesetz wieder weg. (C)

(Beifall bei der CDU)

Wenn man das zusammenzählt, ist es ein Nullsummenspiel.

Zweiter Punkt: Sie haben versucht, uns ins Lächerliche zu ziehen, weil wir - bevor Sie überhaupt Ihr Desaster mit der Schulpauschale erlebt haben - darum gebeten hatten und beantragen werden, die Schulpauschale um 25 Millionen Euro anzuheben.

(Ralf Jäger [SPD]: Heute!)

- Herr Jäger, Sie haben dieses Desaster doch erst verursacht; das haben Sie doch in der Presse gesehen. Sie wollten doch die Schulpauschale gar nicht anheben. Sie wollten nur Ihrem Finanzminister nicht mehr das Gefühl geben, dass er bei der Krankenhausfinanzierung Recht bekommt und die 81 Millionen Euro aus den Schlüsselzuweisungen abgezogen werden. Deswegen haben Sie das geändert.

Noch etwas: Keine Mark dieser Schulpauschale ist frisches Geld - der Innenminister weiß das; er tut mir Leid, weil er das, was Sie in 35 Jahren angerichtet haben, hier vorzutragen hat -, sondern alles kommt aus den Städten und Gemeinden, denen es vorher abgenommen wurde. Und dann wird das noch als Segen für die Bauindustrie verkauft. (D)

(Beifall bei CDU und FDP)

Ein dritter Punkt: Sie haben gesagt, wir hätten noch nicht einmal Anträge gestellt, und von 0,43 % - das habe ich nicht mehr genau im Kopf - gesprochen. Wir haben drei Anträge im Umfang von 143 Millionen Euro gestellt: 100 Millionen Euro für ein kommunales Programm über fünf Jahre - Stichwort: Stärkung der Schlüsselzuweisungen -, 25 Millionen Euro für die Schulpauschale und 18 Millionen Euro für die besonderen Schülerfahrkosten. Nachdem Sie das gesehen hatten, sind Sie hingegangen und haben ihnen ein kleines Kleckerhäufchen von 10 Millionen DM gegeben, damit sie nur Ruhe geben.

Ich habe selten einen solchen Laien über die kommunale Familie reden hören.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

(Manfred Palmen [CDU])

(A) Selbst Herr Horstmann, der Experte ist, denn er war einmal Stadtdirektor und weiß, was in Detmold los ist, kann darüber nur lachen.

Herr Innenminister, dies sind nicht nur hohle Worte. Alle Verbände - das wissen Sie - sagen das, und da sitzen nicht nur Idioten.

Die derzeitige Situation ist ein Desaster. Der Finanzminister hat am 5. Juli dieses Jahres vor der Presse gesagt: Das Land Nordrhein-Westfalen hat 20 Jahre über seine Verhältnisse gelebt. - Am Ende des Jahres werden wir 170 Milliarden DM Schulden haben. 16 Milliarden DM müssen für dieses und nächstes Jahr aufgenommen werden - mit 700 Millionen DM dauerhafter Zinsbelastung. Er tut mir leid, weil er das Desaster, das Sie in 35 Jahren Regierungsverantwortung angerichtet haben, ausbaden muss und nicht mehr weiß, wie. Auch der Innenminister weiß das nicht. Leider weiß das niemand in diesem Hause.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wer ist an der Finanzmisere des Landes schuld, wenn nicht die Koalition, vor allen Dingen die SPD? Das sind doch nicht die Kommunen. Ich habe festgestellt, dass Sie die Zeiten Ihrer Regierung schön geredet und nicht für die mageren Jahre vorgesorgt haben. Frau Ministerin Kraft hat in einem Interview vor zwei Tagen einen sehr klugen, schönen Satz gesagt. Sie hat ihre Partei aufgefordert - am Samstag werden wir den Kraftakt erleben -, die 18 Millionen Menschen unseres Landes und deren Sorgen wieder in den Mittelpunkt zu stellen und nicht sich selbst.

(B)

Die SPD schläft angeblich nie. Dann tun Sie endlich, was Sie dem Innenminister als Auftrag gegeben haben, der jetzt in der Kommission des Bundesfinanzministers als "Anwalt der Gemeinden" auftritt. Geben Sie dem Herrn Finanzminister und dem Herrn Innenminister - der Ministerpräsident ist leider nicht hier - Handlungsvollmacht, beim Bund wirklich einmal draufzuschlagen und die Gemeindefinanzreform anzuleiern. Dann tun Sie das, was Sie in Ihrer Einbringungsrede, Herr Finanzminister, gesagt haben, nämlich erfolgreich sparen für die Zukunft unserer Kinder - oben auf der Tribüne sitzen sie -, damit die nicht in zehn Jahren dieses Desaster ausbaden haben. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Palmen. - Für die SPD erteile ich Herrn Kollegen Horstmann das Wort. (C)

Dr. Axel Horstmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Palmen, nur weil man so heißt wie Sie, muss man sich durch solch eine Debatte ja nicht gleich auf den gleichnamigen Baum treiben lassen. Bleiben Sie ruhig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Die Finanzentwicklung der Kommunen auch in Nordrhein-Westfalen verdient unser aller Aufmerksamkeit. Der Innenminister hat Ihnen blitzsauber vorgetragen, was die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation tun werden.

Ich nenne Ihnen drei Punkte, die uns bei dieser Anstrengung nicht helfen:

Der erste ist der politische Opportunismus, den Sie hier heute Morgen vorgeführt haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben die Finanzentwicklung bei den Kommunen in Nordrhein-Westfalen gut beschrieben, Herr Kollege Britz; dem ist nichts hinzuzufügen. Aber es ist natürlich politischer Opportunismus, wenn Sie dafür die Landesregierung, die Landespolitik in Nordrhein-Westfalen in Anspruch nehmen wollen. Das wissen Sie auch. (D)

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Es ist richtig: Der Finanzierungssaldo der kommunalen Haushalte wird im Jahre 2001 wieder negativ sein. Was Sie nicht gesagt haben, ist, dass er drei Jahre lang, 1998, 1999 und 2000 positiv gewesen ist. Sie haben alles andere getan, als der Landesregierung in den vergangenen Jahren dafür die Verantwortung zu geben. Es wäre auch nicht richtig gewesen, zugegeben.

Sie haben dargestellt, wie sich die Steuereinnahmen entwickeln, und Sie haben dargestellt, wie sich die Landeszuweisungen für die kommunalen Haushalte entwickeln. Ja, der verfügbare Verbundbetrag steigt um 1,2 %. Wenn man das den Prozentzahlen der kommunalen Steuereinnahmen, die Sie genannt haben, gegenüberstellt, dann

(Dr. Axel Horstmann [SPD])

- (A) drängt sich eine Konsequenz auf, nämlich: In diesen unsicheren Zeiten sind die Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen für seine Städte und Gemeinden der stabilste Faktor in den kommunalen Haushalten. Herr Kollege Britz, das zu sagen hätte die Wahrheit erfordert.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Was uns zweitens nicht hilft - jetzt wende ich mich an den Kollegen Dr. Wolf -, ist: politische Geisterfahreei.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Sie haben sich trotz der Erfahrungen der letzten Monate hier hingestellt und gesagt: Die Gewerbesteuer stellen wir jetzt endgültig zur Disposition. Wir als FDP wollten die ja schon lange abschaffen. Im Übrigen vertrauen wir im Wesentlichen darauf, dass durch die dadurch eintretenden Steuerentlastungen für die Wirtschaft das Wirtschaftswachstum zunimmt, die Konjunktur sich ins Positive entwickelt und dann auch die kommunalen Steuereinnahmen wieder steigen. - Das ist politische Geisterfahreei, Herr Kollege Wolf!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

- (B) Wenn sich die Kommunen in Nordrhein-Westfalen auf irgendeine politische Kraft nicht verlassen können, dann ist es Ihre Partei, Herr Kollege Wolf. Ich muss Ihnen das so deutlich sagen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Was drittens nicht hilft, ist, wenn die Maßstäbe, mit denen man aus kommunaler Sicht vernünftigerweise politisches Handeln von Land und Bund zu bewerten hätte, verrückt werden, nur weil die Anwendung dieser Maßstäbe zu einem politischen Urteil, zu einer politischen Bewertung führt, die einem nicht passt. Ich meine damit insbesondere Ihre Kritik an der Pauschalierung von Zuwendungen, die das Land für die Kommunen leistet. In Wahrheit sind die 500 Millionen Euro Schulpauschale in Nordrhein-Westfalen ein gewaltiger Fortschritt, gemessen an den Forderungen der Kommunalpolitiker im Lande selbst, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem so niemand gerechnet hat.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

1998/99 hat eine Finanzkommission unter Vorsitz des Innenministers von Nordrhein-Westfalen unter

- Beteiligung aller kommunalen Spitzenverbände genau dieses an die erste Stelle des Forderungskatalogs gesetzt: mehr allgemeine, frei verfügbare Zuweisungen und Pauschalierungen von bisher zweckgebundenen Zuweisungen. Genau das war die Forderung. Und das tun wir.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich füge hinzu: Da fällt uns in Zukunft noch manches ein. Wir sind schon bei 91,8 % allgemeine Zuweisungen. Die allgemeinen Zuweisungen im Gemeindefinanzierungsgesetz, Herr Kollege Wolf, steigen sogar um 5,1 %. Lassen Sie im kommunalen Interesse die Maßstäbe so, wie sie aus kommunaler Sicht vernünftigerweise zu setzen sind: mehr allgemeine Zuweisungen bei einem stagnierenden Landeshaushalt, Zuwachs bei den allgemeinen Finanzzuweisungen an die Kommunen, mehr Pauschalierung bisher zweckgebundener Mittel. Das ist der richtige Weg im Sinne der kommunalen Maßstäbe, die die Kommunalpolitiker selbst aufstellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Horstmann. - Für die FDP spricht jetzt Kollege Dr. Wolf.

(Zuruf von der SPD: Muss das sein? - Ewald Groth [GRÜNE]: Es juckt ihm in den Fingern!)

Dr. Ingo Wolf (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Groth, es juckt mich in der Tat in den Fingern, obwohl ich Ihnen zunächst einmal ein Kompliment machen möchte: Sie waren heute sehr leise - ich habe nicht gesagt "kleinlaut", obwohl man das auch hätte hineininterpretieren können -, aber Sie haben sich gleichwohl wieder als vernebelungspolitischer Sprecher betätigt, wie Sie das gerne tun. Herr Horstmann hat sich dem gleich angeschlossen.

Meine Damen und Herren, wir diskutieren anhand eines Zahlenfriedhofs, den Sie den Besucherinnen und Besuchern auf der Tribüne doch überhaupt nicht mehr deutlich machen können. Sie sprechen über 23 % brutto, die netto keine 23 % sind, und tun so, als ob das herauskäme, was tatsächlich in "23 %" steckt. Es kommt aber nicht heraus! Die Abzüge, die Befrachtungen - alles wird einfach

(Dr. Ingo Wolf [FDP])

(A) weggelassen. Damit kann man natürlich den Unbefangenen beeindrucken, aber mit Sicherheit nicht die Kommunalen in diesem Lande.

Dieser Zahlenfriedhof hilft Ihnen nicht weiter. Die Kommunen erleben doch, dass netto unten weniger ankommt. Sie erleben doch die Schließung von kommunalen Einrichtungen, weil das Geld nicht mehr zur Verfügung steht. Insofern können Sie keinem erzählen, dass das mit Steigerungsraten verbunden ist, die Sie an irgendeiner Zahl - z. B. beim Verbundbetrag - herausholen. Wer kann damit etwas anfangen, Herr Horstmann? Es geht doch darum, dass die Kommunen weniger kriegen,

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Mehr!)

de facto weniger kriegen, als Sie es behaupten!

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich zum Thema Finanz- und Wirtschaftspolitik, das Herr Groth angesprochen hat, kurz etwas sagen. Es wird natürlich nicht besser, wenn man die bisher eingeleitete Steuerreform, die zur Verhinderung von Schlimmerem von dem einen oder anderen der Opposition nolens volens mitgetragen wurde, jetzt schönredet und behauptet, damit hätten wir die von CDU und FDP gewollte Steuerreform erreicht. Das ist ein anderes Modell; das kennen Sie. Das wäre durch Selbstfinanzierungseffekte durchaus ein wirtschaftsbelebender Faktor gewesen, wie es andere Staaten vorgemacht haben.

(B)

(Lachen von Ewald Groth [GRÜNE])

Aber wie soll, wenn Sie den Bürgern Steuern auf der einen Seite kürzen und das Geld auf der anderen Seite wieder aus dem Portmonnaie herausnehmen, denn da irgendetwas belebt werden? Sie wissen das genauso gut wie ich, aber Sie werden nach wie vor das Gegenteil behaupten.

(Beifall bei der FDP - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das ist falsch, was Sie sagen!)

Zum Thema Schulpauschale: Wenn Sie genau zugehört hätten, wie ich das bei Ihnen auch immer tue, Herr Horstmann, habe ich sehr wohl gesagt, dass das im Ansatz ein begrüßenswerter Schritt ist.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Aha!)

Da sind wir nicht auseinander, und da sollten Sie immer sehr genau hören, was ich sage. (C)

(Frank Baranowski [SPD]: Jetzt kommt das Aber!)

Nur, es geht doch darum: Sie lassen sich feiern als jemand, der sozusagen in den Schulbau neues Geld pumpt. Was heißt denn "Neues Geld"? - Es ist doch nicht von Ihnen,

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: 500 Millionen jedes Jahr!)

sondern Sie - sagen wir es doch ganz klar - zwingen die Gemeinden, das Geld so auszugeben, wie Sie es als Land wollen. Nichts anderes tun Sie!

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie betreiben insofern nicht Landespolitik durch Verteilung eigenen Geldes. Das aber ist letztendlich das, was wir fordern, dass sich nämlich das Land zu seiner Verantwortung bekennt, gerade weil es jahrelang die Kommunen vernachlässigt hat.

Herr Behrens, wenn Sie wieder einmal die Wortwahl anderer beklagen, kann ich das nicht ganz verstehen. Wer unsere Darstellungen mit den Worten "blind" und "hohlen Worten" geißelt, (D)

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das ist immer noch milde!)

der begibt sich auf ein Niveau, das wir in unseren Bemerkungen bewusst nicht gewählt haben. Wir könnten das natürlich auch.

(Beifall bei der FDP)

Die Grenze der Seriosität sei überschritten, haben Sie ein weiteres Mal gesagt, als es um die Beurteilung der Lage von Kommunen ging. Wenn Sie mir auch in den vergangenen Reden zugehört haben, wissen Sie, dass ich nie behauptet habe, es gehe allen gleich schlecht. Aber es ist in der Tat so, dass strukturell betrachtet selbst die Städte, die ihren Haushalt noch ausgleichen könnten, im Grunde genommen schon pleite sind. Auch das wissen Sie. Das heißt also: Wir sollten hier keinen Keil zwischen die vermeintlich noch gesunden und die immer mehr totkranken Kommunen treiben.

Für uns ist das ein klares Signal, dass den Kommunen geholfen werden muss. Ich muss schon

(Dr. Ingo Wolf [FDP])

(A) sagen, und das werden die Kollegen von der CDU sicherlich auch gerne mit nach draußen nehmen: Wir bedauern, dass Sie sich nicht der Initiative anschließen wollen, die es zulässt, eine einmal beschlossene erhöhte Gewerbesteuerumlage rückgängig zu machen. Das ist doch möglich. Wenn sich die gesamten Parameter verändert haben, dann muss man doch mit neuen Konzepten kommen und kann nicht behaupten, man habe mehr gegeben.

Herr Jäger, was Sie vorhin verkündet haben, hat uns ungläubiges Staunen ins Gesicht getrieben: Mit Ihren paar Millionen Euro - Sie rechnen ja immer in Euro, ich sage immer noch D-Mark, weil wir noch im alten Jahr sind - können Sie doch keinen vom Hocker reißen. Bei einer Milliarde, die Sie weniger geben, kommen Sie mit Kleckerbeträgen hinten wieder hoch.

Herr Innenminister, Sie haben Recht: Die Lage der Kommunen wird vor dem Hintergrund steigender Sozialausgaben nicht besser. Deshalb bin ich gespannt, welche Konzepte Sie uns vorschlagen wollen, wobei mir durchaus nicht unbekannt ist, dass Sie für diesen Bereich schon eine Weile Verantwortung tragen. Daran kann man etwas machen.

(B) Lassen Sie mich schließlich noch zu dem Thema Eigenverantwortung der Kommunen und Haushaltssicherungskonzepte einen Satz sagen.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Ja, ich komme sofort zum Ende, Herr Präsident.

Sie haben lange Ausführungen dazu gemacht, dass die Haushaltssicherungskonzepte keine Verlängerung erfahren sollen. Keiner von uns in diesem hohen Hause hat das gefordert. Das möchte ich festhalten. Insofern haben Sie einen Vorwurf zu entkräften versucht, der gar nicht erhoben wurde.

Aus meiner Sicht haben Sie an dieser Stelle völlig Recht: Hier muss man in der Tat versuchen, die Kommunen zu einer Konsolidierung zu bringen - aber bitte mit nachdrücklicher Hilfe dieses Landes! Und das fordern wir ein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Dr. Wolf. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht noch einmal Herr Groth. (C)

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich, es gibt eine Befrachtung; das weiß doch jeder hier im Haus. Das ist auch schmerzhaft für das GFG. Aber, Herr Dr. Wolf - und auch Herrn Britz rufe ich das zu -: Das Verfassungsgericht hat das mehrfach geprüft.

(Franz-Josef Britz [CDU]: Was denn?)

Sie könnten uns jetzt einmal, wenn Sie so nachdrücklich sagen, 23 % seien keine 23 %, doch einmal ausrechnen, was diese Befrachtung bei einer Verbundmasse von 7,35 Milliarden DM in Prozent ausmacht.

(Manfred Palmen [CDU]: Euro!)

- Entschuldigung, Euro! Schönen Dank, Herr Palmen. Das sind also fast doppelt so viel. Das sind nicht Peanuts für die Kommunen, denen es an jeder Mark fehlt; aber Sie müssen in dieser Frage auch die Kirche im Dorf lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Palmen, wenn Sie über die kommunalen Spitzenverbände reden und einwerfen, das seien nicht nur "Idioten", dann weise ich das auf das Schärfste zurück: Das sind überhaupt keine Idioten! Was erlauben Sie sich hier! (D)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das sind Lobbyisten, und das dürfen sie auch sein, dafür sind sie nicht zu schelten. Sie haben keine Gesamtverantwortung zu tragen. Sie müssen Lobbyisten sein für die Kommunen. Aber Sie in diesem hohen Hause schaffen es nicht, eine Gesamtverantwortung für die Politik des Landes zu übernehmen; davon sind Sie weit entfernt. Und ich bin sehr froh, dass Sie davon weit entfernt sind. Wie Sie sich hier aufspielen - das sind Geisterdebatten, das ist gnadenloser Opportunismus und grenzt an Unredlichkeit, Herr Palmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie versuchen den Menschen im Lande etwas einzureden.

(Manfred Palmen [CDU]: Sie können nicht mal zuhören!)

(Ewald Groth [GRÜNE])

- (A) Sie führen eine Geisterdebatte über die kommunalen Finanzen. Sie, die CDU/CSU, haben doch im Bund gemeinsam mit der FDP die Gewerbesteuer kaputt reformiert. Jetzt haben wir das Desaster.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt geht die FDP her und will sie ganz abschaffen. Wir dagegen sprechen von Modernisierung und meinen, das muss man wieder in Ordnung bringen. Der Vorwurf, dass wir das in Berlin seit 1998 längst hätten machen können, zieht doch überhaupt nicht. Sie haben uns jede Menge Reformstau übrig gelassen. Ich sage nur "Länderfinanzausgleich". Auch das wird jetzt auf einen guten Weg gebracht, nachdem Sie es uns hinterlassen haben. Nur deshalb kommt die Gemeindefinanzreform ab nächsten Frühling in die Beratung und wird in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt. Wir bringen das in Ordnung.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Ich erwarte von Ihnen, dass Sie zumindest hier nicht die kommunalen Spitzenverbände beschimpfen, wenn Sie schon nicht die Gesamtverantwortung für die kommunalen Finanzen und die Landesfinanzen übernehmen wollen. - Schönen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(B)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Groth. - Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Finanzminister Steinbrück.

Peer Steinbrück, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will einige Stichworte aufgreifen, die sich aus der Debatte ergeben haben, da die Landesregierung noch eine kurze Redezeit hat. Es sind vier oder fünf Bemerkungen.

Erstens. Herr Palmen, wer 18 Jahre lang die Möglichkeit hatte, die Gemeindefinanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland zu reformieren, sollte etwas leiser auftreten, wenn er über Versäumnisse redet.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben es nach der letzten großen Finanzverfassungsreform der Republik Ende der 60er-Jahre zwischen 1982 und 1998 definitiv versäumt, die Finanzverfassung der Bundesrepublik Deutschland auf eine neue Grundlage zu stellen. Es war nicht

die SPD, und es waren auch nicht die Grünen, (C) sondern es waren Sie. Vor dem Hintergrund ist mit Willy Brandt zu sagen: Haben Sie es nicht ein bisschen kleiner?

Zweitens. Es ist die rot-grüne Koalitionsregierung in Berlin gewesen, die den Länderfinanzausgleich auf eine neue Grundlage gestellt hat und bei der Gelegenheit auch im Sinne der Interessenlage der kommunalen Finanzen den Fonds Deutsche Einheit und mit einer Tilgungsstrecke und Umfinanzierung versehen hat, die eindeutig zu Entlastungen für die Kommunen führt.

(Manfred Palmen [CDU]: Das dicke Ende kommt noch!)

- Da kommt kein dickes Ende, sondern dies ist mit Netto-Entlastungen für die Kommunen verbunden.

Dritte Bemerkung, Herr Wolf: Wenn Sie immer davon reden, dass die Gewerbesteuer abgeschafft werden soll, dann müssen Sie den Kommunen im selben Satz die Frage beantworten, was sie denn kompensatorisch bekommen sollen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Dr. Ingo Wolf [FDP]: Hab ich doch!)

- Haben Sie nicht. - Dann müssen Sie auch denselben jungen Menschen, die hier auf der Tribüne (D) sitzen, sagen, wie Sie das in Übereinstimmung mit der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland bringen, nach der den Kommunen eine wirtschaftskraftbezogene eigene Steuerquelle zuzuordnen ist. Diese Frage hat die FDP bis heute nicht beantwortet.

Im Gegenteil: Wenn Sie die Gemengelage einer durchaus berechtigten Diskussion sowohl bei der CDU als auch bei der SPD nachvollziehen, dann geht es nicht zwingend um eine Abschaffung der Gewerbesteuer, sondern es geht gegebenenfalls um eine Reaktivierung und Revitalisierung der Gewerbesteuer.

Dann reden wir über eine Erweiterung der Bemessungsgrundlage und über die Einbeziehung einer Wählerklientel, bei der Ihre Aussagen plötzlich ganz anders aussehen als die, die Sie hier gemacht haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dann reden wir über die Einbeziehung in die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer nicht nur über das klassische Gewerbe, sondern auch über

(Minister Peer Steinbrück)

(A) erwerbswirtschaftliche Tätigkeiten, die im Augenblick - ich füge hinzu: erstaunlicherweise - nicht zur Finanzierung der kommunalen Finanzkraft und der kommunalen Finanzausstattung herangezogen werden. Da möchte ich gerne sehen, wie Sie die Rechtsanwälte, die Ärzte, die Architekten, die Beratungsbüros nach dem Motto verteidigen: Ihr wollt die aber über die Erhöhung der Steuern drangsalieren. - Bleiben Sie bitte konsistent.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Eine Scheinvitalisierung!)

Ich bin vor 48 Stunden bis über Mitternacht im Vermittlungsausschuss gewesen, in dem wir übrigens - was erstaunlich gering geschätzt worden ist - zu einem echten Vermittlungsergebnis gekommen sind, das die Situation des Mittelstandes in Nordrhein-Westfalen noch einmal stark verbessern wird. Ein echtes Vermittlungsergebnis! Es hat eine einzige Stimme gegeben, die dagegen war. Das war die von dem Abgeordneten Thiele, FDP, der gerne noch weiter gehende Steuernachlässe haben wollte, die die kommunale Finanzlage weiter beschweren und nicht etwa verbessern würden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(B) Versuchen Sie also nicht, hier Reden zu halten, Herr Wolf, die erkennbar in einem Widerspruch mit dem Auftreten der FDP in Berlin stehen.

Vierte und vorletzte Bemerkung: Es bleibt nach wie vor festzustellen - und Sie haben keine anderen Zahlen -, dass unter Berücksichtigung aller Verrechnungen, auch unter Einbeziehung der Krankenhausumlagefinanzierung, die Kommunen nächstes Jahr ungefähr 0,1 % im Rahmen der Steuerverbundmasse mehr haben werden. Dies ist Fakt.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Und die Befrachtungen?)

- Hören Sie doch zu, Herr Wolf. - Unter Einbeziehung aller Verrechnungen und der Krankenhausfinanzierung werden die Kommunen 0,1 % mehr haben. Der Landeshaushalt nimmt um 0,4 % ab. Vor dem Hintergrund ist das Bemühen dieses Horrorgemäldes, das Land blute die Kommunen aus, schlechte Propaganda. Schmieren Sie sich die ab!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das Bild einer willkürlichen oder vorsätzlichen Drangsalierung der Kommunen durch die Regierungsfractionen oder durch den Innenminister und

den Finanzminister brauchen Sie, um die Trommel zu rühren oder um uns als Grillwürstchen auf den Rost zu legen und unten die Kohle hineinzuschieben. Nur aus dem Grund!

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Das Bild passt!)

Mit den Fakten hat das rein gar nichts zu tun.

Fünftens. Es bleibt unter dem Strich, dass wir nicht kurzfristig, aber, wie ich hoffe, Mitte der nächsten Legislaturperiode des Bundes eine Reform der Finanzverfassung der Republik bekommen, die nicht nur die Einnahmenseite, sondern auch die kommunalen Aufgabenerfüllungen, die kommunale Ausgabenseite mit berücksichtigt. Sie wissen, dass dies nur dann funktioniert, wenn man einen abwesenden Dritten in diese Lösung einbezieht, und das ist der Bund. Der Innenminister und der Finanzminister dieses Landes werden dabei weiter die aktive Rolle spielen, die wir schon bis jetzt gespielt haben. Denn diese Kommission kommt nicht zuletzt aufgrund des Drängens der Landesregierung Nordrhein-Westfalens zustande. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Finanzminister. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende der Beratung über den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2002. (D)

Wir kommen zur **Abstimmung** zum **GFG 2002**, und zwar stimmen wir erstens über den **Änderungsantrag Drucksache 13/1981** der Fraktion der CDU - Stichwort: Änderungen Schlüsselmasse - ab; das ist in Ihrer Aufstellung die Nr. 93. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens über den **Änderungsantrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 13/2034** - Stichwort: Abwässergebühren - ab; das ist die Nr. 155. Wer ist für diesen Antrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU **abgelehnt**.

Jetzt stimmen wir ab über den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2002 entsprechend

(Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

- (A) der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/1817**. Wer ist für diese Beschlussvorlage? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition **angenommen**.

Zur Vorbereitung auf die dritte Lesung, liebe Kolleginnen und Kollegen, stimmen wir nun ab über die **Rücküberweisung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2002 an den Haushalts- und Finanzausschuss** ab. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist die Rücküberweisung einstimmig **beschlossen**.

Meine Damen und Herren, ich rufe nun **Nummer 3** auf:

Einzelplan 11: Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit

mit den Teilbereichen a) Frauen, b) Jugend und Familie und c) Gesundheit. Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/1811 sowie auf die Änderungsanträge der CDU und FDP hin. Das sind die laufenden Nummern 106 bis 126 Ihrer Tischvorlage außer der Nummer 123; denn dieser Änderungsantrag wurde inzwischen von der FDP-Fraktion zurückgezogen.

- (B)

Ich eröffne die Beratung zum Teilbereich

a) Frauen

und erteile für die CDU der Kollegin Gemkow das Wort.

Angelika Gemkow (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die wirkliche Gleichstellung von Mann und Frau in Gesellschaft und Arbeitsleben ist für uns als CDU ein wichtiges Ziel. Wir unterstützen die Wahlfreiheit der Frauen, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Wir unterstützen die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit. Gleiche Entlohnung bei gleicher Arbeit, Aufstiegsmöglichkeiten im Beruf und der Wiedereinstieg in den Beruf sind auch Ende des Jahres 2001 wichtige Themen für uns Frauen.

Mit der im Landtag breit angelegten Debatte zum Gender-Mainstreaming wird die Verantwortung für chancenorientiertes Handeln in die jeweiligen politischen Fachbereiche verlagert. Das heißt,

Frauenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche in Nordrhein-Westfalen. Das bedeutet, dass Gender-Mainstreaming den Handlungsradius traditioneller Frauen- und Gleichstellungspolitik erweitert. Alle Bereiche der Landespolitik, alles Handeln der rot-grünen Landesregierung muss sich daran messen lassen, ob Frauen und Männer gleiche Chancen in Nordrhein-Westfalen haben. Wir stellen erheblich Defizite zwischen Wunsch und Wirklichkeit fest.

Fangen wir beim Thema Arbeit an: Ministerpräsident Clement hat versprochen, die Arbeitslosigkeit zu halbieren. Stattdessen steigt die Massenarbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen dramatisch. Wir haben 25 % mehr Arbeitslose als in anderen Bundesländern. Von 780.000 Arbeitslosen sind 333.000 Frauen.

Was tun Sie eigentlich für diese arbeitslosen Frauen? - Eine gute Wirtschaftspolitik - das haben wir gestern in der Debatte gehört - schafft Arbeitsplätze natürlich auch für Frauen. Wir brauchen flexible Arbeitszeitmodelle für Frauen und Männer. Wir brauchen mehr Existenzgründerinnen. In Nordrhein-Westfalen muss die landesweite Selbstständigenlücke geschlossen werden. Das bringt Arbeit für Frauen.

Wir unterstützen die Förderung neuer Arbeitsformen und wollen mehr Frauen in Führungsfunktionen in der gesamten Wirtschaft, im öffentlichen Dienst und in der Hochschule. In all diesen Bereichen treten wir in Nordrhein-Westfalen allerdings auf der Stelle. Viel wird geredet, wenig verbessert sich. Das sind die Aussichten für 2002.

Statt nach vorne zu denken und Chancen zu nutzen, werden Frauen von der rot-grünen Landesregierung sogar noch diffamiert. Ich nenne die vielen Frauen, die in Nordrhein-Westfalen im Haushalt arbeiten. SPD und Grüne streichen im Bund mit Zustimmung dieser Landesregierung die Steuervorteile mit dem fadenscheinigen Argument, das sei Politik nur für Reiche. Sie sagen: Wir wollen kein Dienstmädchenprivileg. - Wer Frauen im Haushalt als Dienstmädchen bezeichnet, der ist auf einem Trip von vor 200 Jahren, und das halten wir für eine glasklare Diffamierung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wer den Haushalt und die einfachen Dienstleistungen gesellschaftlich nicht anerkennt, ist arrogant und überheblich. Denn hier liegen Chancen

(C)

(D)